

Volks- und Anzeigebblatt

Er scheint
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich bei der Expedition
90 Pfg., durch die Post bezogen
1 Mt. 15 Pfg.

mit wöchentlichem Unterhaltungsblatt.

Einundfünfzigster Jahrgang.

Einrückungsgebühr:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum
innerhalb des Bezirks 6 S., außerhalb
des Bezirks 9 S. Anzeigen, die Mon-
tag, Mittwoch u. Freitag bis Vorm.
10 Uhr eintreffen, finden Aufnahme.

Nro. 10.

Winnenden, Donnerstag den 26. Januar

1899.

Winnenden.

Jacob Börner, Fuhrmann in Oberurbach, bringt am
nächsten

Donnerstag den 26. Januar d. J.,

vormittags 11 Uhr

im öffentlichen Aufstreich auf dem hies. Rathhaus zum Verkauf:

15 a 89 qm Acker in der Oedenhalben

und ca. 8 a — " Acker im Galgengrund.

Liebhhaber sind eingeladen.

Den 23. Janr. 1899.

Ratsschreiberei:

Hiemer.

Winnenthal,

Kgl. Heil- und Pfl.-Anstalt.

Anstellung von Wärtern.

In der hiesigen Anstalt sind einige Stellen für

Wärter

sofort zu besetzen. Der Gehalt beträgt neben freier Station 300 M
und wird für jedes weitere Dienstjahr um 20 M. ausbeßert bis zum
Höchstbetrag von 500 M.

Vorkenntnisse in der Krankenpflege sind nicht erforderlich.
Meldungen sind unter Vorlage amtlicher Zeugnisse über gute Führ-
ung persönlich zu richten an die

Kgl. Anstaltsdirektion:

Zeller.

Revier Winnenden.

Holz-Verkauf-Nachtrag.

Am Montag den 30. Januar,

vormittags 10 Uhr

werden aus dem Staatswald Zwerenberg weiter ver-
kauft:

Langholz: 41 Forchen IV. Kl. mit 13,1 Fm.,

11 Lärchen IV. Kl. mit 2,8 Fm., 17 Fichten mit

3,3 Fm. IV. und 1,4 Fm. V. Kl., 2 Wagnerischen mit

0,6 Fm.; Km.: 1 eichener Anbruch, 6 forchene Kugel

2 Meter Länge, 33 ditto Prügel und Anbruch, 4 Loose Reisig.

Zusammenkunft im Schlag beim Einsenhof.

Revier Winnenden.

**Stammholz- und Stangen-
Verkauf.**

Am Freitag den 3. Februar,

vormittags 9 Uhr

aus dem Staatswald Hardt:

Forchenstartholz: Langholz 34

Stück mit Fm.: 2,3 I., 3,1 II., 23,6 III.,

8,9 IV. Kl.; 10 Stück Sägholz mit Fm.: 8,3 I., 4,7 II., 1,7 III. Kl.; Fichten-Lang-

holz: 7 Stück IV. Kl. mit 1,9 Fm., 262

Stück V. Kl. mit 37,9 Fm.; Eichen: 5 Stück II. Kl. mit 5,4 Fm.,

1 Stück III. Kl. mit 0,8 Fm., 2 Stück IV. Kl. mit 0,5 Fm.; Rot-

buchen: 18 Stück mit 6,7 Fm.; Weißbuchen: 9 Stück mit 1,2

Fm.; Linden: 3 Stück mit 1,7 Fm.; Fichtenstangen: 327 Bau-

und 11 Hagstangen.

Zusammenkunft im Wald am Schießplatz, Schluß in Hegnach.

Schuld- und Bürgscheine

haben bei

C. Fuß, Buchdrucker.

Revier Winnenden.

**Fichtenstangen- und Stamm-
holz-Verkauf.**

Am Samstag den 4. Februar,

vormittags 9 Uhr

aus dem Staatswald Hörle (Ueberzwerchhölle und Praversberg):

323 Baustangen, 337 Hagstangen, 560

Hopfenstangen I. und II. Kl., 1535 ditto IV.

und V. Kl., 3415 Rebstecken, 750 Bohnen-

stecken; 45 Stück Fichtenlangholz V. Kl. mit

6,5 Fm., 10 Birken mit 1,2 Fm., 3 Wagner-

eichen mit 0,4 Fm.

Zusammenkunft im Wald unten auf der Straße Hertmannsweiler-
Stöckenhof, Schluß im Stöckenhof.

Oppelsbom.

Holz-Verkauf.

Am Samstag den 4. Februar,

vormittags 9 1/2 Uhr

aus dem Gemeindevald Ruderbergle:

15 Eichen mit 3,10 Fm., worunter 2 mit je

0,84 Fm.,

429 Forchen und Fichtenlangholz mit 126,83

Fm. IV. u. V. Kl.,

173 Bau- und Hagstangen I., II. u. III. Kl.,

118 Km. eich., buch., forch. Scheiter u. Prügel,

1600 meist buchene und gemischte Weiden,

890 unaufbereitete Nadelholzweiden auf Mahden.

Abfuhr gut. Zusammenkunft auf dem Platze.

Gewerbe-Verein Winnenden.

Am Freitag den 27. ds. Monats,

abends 7 1/2 Uhr

findet im „Gasthof z. Hirsch“ eine

Wenar-Versammlung

mit nachstehender Tagesordnung statt:

- 1) Die großen Warenbazare und ihre Auswüchse.
- 2) Das Handwerk der Gegenwart; seine Schatten- und Lichtseiten.
- 3) Einführung eines postalischen Check- und Ausgleichsverkehrs.
- 4) Diverses.

Zu recht zahlreicher Beteiligung auch von seiten der Freunde des
Handwerks ladet ein.

Winnenden, den 25. Januar 1899.

Der Ausschuss.

Deutscher Kriegerverein Winnenden.

Heute Donnerstag den 26. Jan., abends 8 Uhr

Monats-Versammlung

zu gleich Feier des 40. Geburtstags des Kaisers

Wilhelm II. bei Kam. A. Schlehner, Metzger.

Zu zahlreicher Beteiligung wird eingeladen.

Der Ausschuss.

Empfehlung.

Landwirte, Dekonomen kauft für Gute Frühjahrssaat, schwache
Samen, Wiesen und hauptsächlich Kartoffel und Weinberge, den bekannten
sich überall bewährenden

Ia. gemahlenen Leimdünger

aus der Düngersfabrik des Herrn Herm. Konold, Bopfingen.

Bestellungen nehmen entgegen:

Herrn Bärentwit Pfeiffer, Birkmannsweiler und

Herrn Kaufmann J. Ulmer, Schwaikheim.

Obstbau-Verein Winnenden.

Der Verein hält am nächsten

Sonntag den 29. Januar,
nachmittags 2 Uhr

im „Gasthof z. Krone“ seine

General-Versammlung

ab.

Tages-Ordnung:

- 1) Rechenschaftsbericht.
- 2) Neuwahl des Vorstands, Kassiers, Schriftführers und Ausschusses.
- 3) Vortrag über praktischen Baumsatz und Baumpflege.
- 4) Referat des Ergebnisses der Verkaufsstelle.

Die Mitglieder, sowie alle Obstbaufreunde laden zu zahlreichem und pünktlichem Erscheinen freundlichst ein

der Ausschuss.

Winnenden.

Tanz-Unterricht.



Der ergebenst Unterzeichnete beehrt sich hiermit die Mitteilung zu machen, daß er, aufgefordert von einigen hiesigen Herren, Anfang nächster Woche einen

Tanzkurs

hier eröffnen wird. Diejenigen Damen und Herren, welche sich hieran beteiligen wollen, werden höflich gebeten, sich bis spätestens **Sonntag den 29. Jan.** bei Herrn **K. Weller**, Spezereihandlung anzumelden. Hochachtungsvoll

Chr. Spring,

Tanzlehrer aus Stuttgart.

Mitglied des Schwab. Tanzlehrer-Vereins.

Kürschners Bücher

Vorrätig in allen Buchhandlungen

Franz Musik. 530 Musikstücke für Klavier und Gesang. Kl. Folio. ca. 600 Seiten. Illustr. von A. v. Schrötter. Brosch. 8 Mk., eleg. in Leinwand geb. M. 10.—, in 2 Bde. geb. M. 12.50. Untrennbarer Bestandtheil eines jeden Klaviers. Anmuthige und lehrreiche Schilderung des Laufs des Jahres und des menschlichen Lebens, musikalisch illustr. von den besten Kompositionen aller Art.

Jahrbuch 1899. Ein Kalendarium und Nachschlagebuch für Jedermann. ca. 500 S. 8°. Alle nur erdenklichen Informationen über alle Gebiete des Wissens u. Lebens, aus Vergangenheit u. Gegenwart. Handbuch, das jeder haben muss, der seinen Vorteil wahrh. In farb. Umschl. 1 Mk.

Das ist des Deutschen Vaterland. Das schönste Prachtwerk über Deutschland. 1275 Illustrationen. In 12 farb. Lwbd. 12 Mk.

Universal-Konversations-Lexikon. 23,5 x 18 cm geb. Auf 213 600 Seiten der Inhalt vielbändiger Lexika in 1 Bd. 2700 Illustr.

Welt-Sprachen-Lexikon. 300 960 Zellen. Praktische deutsch-engl.-französ.-ital.-latein. Wörterbücher, ein Fremdwörterb. etc. Mark.

Kürschners Bücherschatz. Jede Woche ein reich illustrirt. Band von ca. 128 Seiten mit Porträt und Autobiographie des Verfassers. Die billigste Romanbiblioth. Beste Autoren Mitarbeiter. Pfenning.

Der grosse Krieg 70/71 in Zeitberichten. Preis Mk. 3.50

1228 Sp. Text. ca. 320 Illustr. Orig. u. unmittelbare Geschichte d. Krieges.

Die Welt in Photographien. Originalphotogr. in Kabinett mit erl. Text. ca. 3000 Blatt erschienen. a Bl. 20 Pf., je 10 Bl. in Mappo M. 2.—; hochelegante Albums zum Sammeln I. M. 3.—, 4.—, 5.—, 6.—.

Prospekte durch Hermann Hilger Verlag, Berlin W. 9. u. alle Buchhandlungen.

Schönste Geschenke

Winnenden.



Stockfisch,

frisch gewässert, empfiehlt **Aug. Brandner.**

Winnenden.

20 Zentner **Angersen**

verkauft. Wer? sagt die Redaktion.

Einiges über die Entstehung des deutschen Handwerkerstandes und seine Organisation vor Einführung der Gewerbefreiheit.

Vortrag gehalten im Gewerbeverein Winnenden von Hrn. Schul. A. Holzwart. (Fortsetzung.)

Als die kaiserlichen Vögte allmählich ihre Macht und ihr Ansehen verloren, wurden die Bürgermeister und Räte aus dem Kreise jener ursprünglich Freien gewählt. Die Berechtigung der Ratsfähigkeit erbte sich fort in den Familien der alten Freibürger, die sich von einer Vermischung mit dem niedrigen Handwerkerstande stolz fern hielten und sich zum Unterschied von den Handwerkern und mit Bezug auf die Kleinheit ihrer Stammbäume Geschlechter nannten. Die städtische Obrigkeit wurde fortan aus diesen Ge-

schlechtern gewählt. Es gab also Bürger erster und Bürger zweiter Klasse, Geschlechter oder Patrizier und Handwerker.

Die wohlhabenden Städte waren bei den häufigen Fehden des Mittelalters oft genötigt, daß, was sie durch Fleiß und Arbeit errungen hatten, zu beschützen. Zur Verteidigung aber brauchte man auch den Bürger 2. Klasse. Der starke Arm der Männer, die den Schmiedhammer, das Beil, die Säge zu regieren wußten, war willkommen. Man gab ihm Streitoze und Hellebarde in die Faust gegen fremde Friedensstörer. Aber die Geschlechter, die durch Bewaffnung des Handwerks in erster Linie ihre eigenen, selbstständigen Interessen schützen wollten gegen einen äußeren Feind, gaben dadurch ihren aufstrebenden Mitbürgern eine gefährliche Waffe in die Hand. Der Handwerker, der die Pflicht der Verteidigung mit übernommen hatte, verlangte nun auch das

Recht der Teilnahme an der Stadtverwaltung. Rechtspruch und Verwaltung waren aber in Händen jener Altbürger, Geschlechter oder Patrizier. Nun machte der schlechte Handwerker, anhänglich ein unbedeutendes, niederes Leben führt hatte, mit energischer Kraft dem sein Können geltend, der Geburtswürde gegen den Zufall der Geburt zwischen Bürger und Handwerker nicht mehr der Knecht politischer Patriziers sein. Er griff selbst die Bügel des Stadtreiments, und die Handwerker ruhten nicht, bis ihnen der gebührende Einfluß auf die Verwaltung des städtischen Krieges der Handwerker gegen die Patrizier hunderte lang wurden bald Bürgermeister



Rattentod

zur vollständig. Ausrottung aller Ratten, giftfrei für Menschen und Haustiere, à 50 S u. 1 Mk in den Apotheken in Winnenden.

Ueber Wirkung des von Ihnen bezogenen Rattentod war ich ganz erstaunt. Nachdem ich dasselbe früh 9 Uhr vorschriftsmäßig behandelt und herumgelegt, fand ich nachmittags 2 Uhr schon 18 junge und 6 alte Ratten tot vor. Ich kann daher nicht umhin, dasselbe angelegentlich zu empfehlen, zumal es für Menschen und Haustiere unschädlich ist.

Dehmühl. den 25. Mai 1895.

Joseph Haimerl, Oekonom.

Leutenbach. Hochzeits-Einladung.

Freunde und Bekannte, bei welchen wir unsere Aufwartung nicht persönlich machen konnten, erlauben wir uns hiermit zu unserer am **Sonntag den 28. Jan.** im Gasthaus zum Lamm dahier stattfindenden

Hochzeits-Feier

freundlichst einzuladen.

Der Bräutigam:

Karl Weidenbach.

Die Braut:

Rosa Schneider.

Der Hochzeitsvater:

Jakob Schneider.

Obiger Einladung sich anschließend ladet ebenfalls zu recht zahlreichem Besuche ergebenst ein

Sieber z. Lamm.

Winnenden.

Heute **Donnerstag**, mittags 12 Uhr, bringe ich im Hofraum des Gerichtsvollziehers ein

Pferd,

Braunwallach, zum Verkauf, wozu die Liebhaber eingeladen werden. Gerichtsvollzieher **Maft.**

Winnenden.

Bäckerlehrling gesucht.

Einen wohlerzogenen Jungen von achtbaren Eltern nimmt in die Lehre **Hermann Sieber.**

Aechtes Roggenbrot

ist fortwährend zu haben bei **Obi a e m.**

Winnenden.

Unterzeichneter verpachtet am **Donnerstag den 2. Februar** nachmittags 3 Uhr

im Gasthaus z. Löwen
17 a 20 qm Acker in der Wölle,
15 " 70 " Acker im Hungerberg,
17 " 92 " Wiese in Kirchwiesen,
9 " 82 " Wiese beim Wöllebrühl

Körner, Bahnwärter in Hausen.

Winnenden.

Ein fast noch neues

Bernerwägele

mit Federn hat zu verkaufen **D. Groß, Waaner.**

Winnenden.

Dienstmädchen-Gesuch

in kleine bessere Familie (2 Personen) Näheres bei der Redaktion dieses Blattes.

Leutenbach.

Eine mit dem 4. Kalb großtrachtige

Kuh,

mittleren Schlags, gewöhnt, steht dem **Fr. Grottenberger.**

Melkerlehrling

nach Stuttgart gesucht. Zu erfragen bei der Redaktion.

Frachtbriefe

zu haben bei **G. Hub, Buchdr.**

Makulaturpapier

zu haben bei **G. Hub, Buchdr.**



empfehlen ihre vorzügliche garantiert reine

Vanille-Chocolade

zum Kochen per Pfd. Mk. 1.1.20, 1.40, 1.60, 2.— u. höher.

Kaiser-Chocolade

zum Essen per Pfd. Mk. 1.20, 1.40, 1.60, 2.—

Fürsten-Chocolade

Mk. 2.50 p. Pfd. Verkaufsstellen durch Plakate ersichtlich.

lieben ober gelüdet und Räte geprenzt, bald Obermeister und Altmeister der Zünfte hingeküht; in Magdeburg wurden sie (im Jahr 1304) in ganzen Reihen auf öffentlichem Markt gebraten. Die Quartale, an denen sich die Zünfte versammelten, waren vorzugsweise geeignete Momente, in welchen derartige Stürme vorbereitet und ausgeführt wurden, und mit Besorgnis sah jederzeit die regierende Partei diesen Tagen entgegen. Da nach deutscher Sitte keine Versammlung gehalten werden konnte, ohne daß man dabei braven Beschlusses, so wurde in der Hitze der Trinksunde mancher Beschluß gefaßt, der unmittelbar darauf zur That wurde. So ist es begreiflich, daß frühzeitig schon der Wunsch nach Aufhebung der Zünfte, aus denen das Unheil der Revolutionen zu entspringen schien, überall laut wurde. Die reichsstädtischen Magistrate lagen stets den Kaisern mit den Bitten in den Ohren, die Zünfte vernichten. Allein wer vermag in den bedingt notwendigen Entwicklungsgang der Zeit hemmend einzugreifen. Der eine Kaiser hob die Zünfte auf, der andere, dem sie sich nützlich erwiesen, wurde im Augenblick der Not ihnen wieder geneigt. Es erfolgten Aufhebungsurkunden und widerrufende Verordnungen; aber meist setzte erst die Faust des Stärkeren, heute von dieser, morgen von jener Partei, das Siegel unter den kaiserlichen Briefen. Friedrich II. schaffte in Goslar alle Zünfte mit Ausnahme der der Münzer ab. Sein Sohn Heinrich, der während Friedrichs Abwesenheit in Deutschland regierte, stellte alle Zünfte mit Ausnahme der der Wagner und Weber wieder her. Allein 1231 wurden auf einem Reichstag zu Worms gegen die Zünfte soviel Beschwerden vorgebracht, insbesondere von den Bischöfen, daß Heinrich sämtl. Zünfte ohne Unterschied in allen deutschen Städten aufhob, und diese Aufhebung wurde durch eine kaiserliche Urkunde bestätigt. Indessen wurde diese Verordnung so wenig als alle früheren beachtet, da das Recht des Stärkeren den Ausschlag gab. Nachdem auch Rudolf von Habsburg die Urkunde Friedrichs bestätigt hatte und sich dadurch die Greuel nur mehrten, glaubte er nichts Heilsameres thun zu können als die Zünfte ohne Ausnahme wieder herzustellen und ihren Bestand für ewige Zeiten durch einen Kaiserbrief zu sichern. Dieses Aufheben und Wiedereinsetzen zeigte den Mitgliedern der Zünfte nur zu deutlich ihre Unentbehrlichkeit und die Möglichkeit, mit ihren Absichten durchzubringen. Am die Mitte des 14. Jahrhunderts war im Allgemeinen der Kampf beendet und festgestellt, daß und inwieweit die Zunftmeister und eine Anzahl der Zunftgenossen zum Räte gehören sollten. Nachdem die Handwerker auf solche Weise bedrängt waren, hörten die blutigen Unruhen auf. Es entwickelte sich in friedlichem Wettstreit ein solch allgemeiner Wohlstand, wie er in der Geschichte beispiellos ist. Damals hatte das Handwerk seinen goldenen Boden.

Diese günstige Lage des Gewerbestandes hatte ihren Grund in den eigenartigen wirtschaftlichen Verhältnissen des Mittelalters. Die Stadt war ein in sich abgeschlossener Wirtschaftsorganismus, der ganz nach seinen besonderen Verhältnissen die Produktion, die Verteilung und den Verbrauch der Güter, die Preise und den Absatz regelte. Im Gegensatz zur heutigen Anschauung hatte sich im Mittelalter der Gedanke Bahn gebrochen, daß die Stadt als sittliche Gemeinschaft wie für das Individuum so auch für das materielle Wohl des Einzelnen sorgen müsse. Die Stadtoberkeit ist daher nicht nur berechtigt, sondern geradezu verpflichtet, Marktpolizei zu üben; ebenso hat sie Recht und Pflicht „im Interesse des gemeinen Wohls und Frommens“ die gesamte Produktion, Herstellung und Konsumtion zu überwachen und wenn es not thut, selbst bestimmend einzugreifen. Sie kann also in die Rechte des einzelnen eingreifen, wenn es nötig ist; sie trägt Sorge für die Beschäftigung und Ernährung der Unbeschäftigten. Sie errichtet den einzelnen Gewerben geeignete Einrichtungen aus Stadtmitteln. Sie läßt, wenn ein Gewerbe nicht in der Stadt vorhanden ist, Handwerker dieses Zweiges aus andern Städten kommen.

Wiedereröffnung des württ. Landtags.
C. L. Stuttgart, 23. Jan. Nachdem die Empfangsfeierlichkeiten programmäßig vollendet waren und der König sich vor dem Throne aufgestellt hatte überreichte ihm der Präsident des

Staatsministeriums die Thronrede, welche der König stehend und bedeckten Hauptes verlesen hatte. Dieselbe lautet im Wesentlichen:

Liebe Getreue!

Beim Rückblick auf den vor wenigen Tagen geschlossenen Landtag spreche Ich Ihnen gerne Meine Anerkennung für die Hingebung und den Eifer aus, womit Sie sich Ihren zum Teil schwierigen und umfangreichen Arbeiten unterzogen haben. Daß es trotz der aufgewendeten Zeit und Mühe nicht gelungen ist, die von Meiner Regierung unternommenen wichtigen Reformwerke auf den Gebieten des Verfassungsrechtes, der Verwaltung und des Steuerwesens zum erhofften Abschluß zu bringen, bedaure ich aufrichtig. Die Finanzlage darf als eine günstige bezeichnet werden. Die beiden letzten Etatsjahre haben Ueberschüsse ergeben, die für Zwecke der Eisenbahnverwaltung und für außerordentliche Bedürfnisse der sonstigen Staatsverwaltung Verwendung finden sollen. Auch der neue Etatsentwurf zeigt ein befriedigendes Bild. Trotz erheblicher Steigerung der Anforderungen an die Staatskasse stehen die Mittel zur Verfügung, um die den Ständen schon früher vorgelegten Gehaltsordnungen für die Beamten des Staates und des höheren Schuldienstes durchzuführen und zugleich eine Besserstellung der Geistlichen beider Confessionen und der Volksschullehrer zu ermöglichen. Der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuch und zu dessen Nebengesetzen hat die Bestimmung der errungenen deutschen Rechtsinheit unter thunlichster Beachtung der Wünsche der Bevölkerung in Württemberg die Stätte zu bereiten. Er wird nebst dem Entwurf einer Gesindeordnung Ihnen alsbald in derjenigen Gestalt wieder zugehen, in der diese Entwürfe dem letzten Landtag vorgelegen haben. Das Inkrafttreten des neuen bürgerlichen Rechts erfordert auch sonstige Aenderungen der Landesgesetzgebung. Auf dem Gebiete des Steuerwesens soll außerdem bei der Bierbesteuerung dem Verlangen nach einem Verbot der Verwendung von Malzsurrogaten und nach weiterer Abstufung der Malzsteuer durch eine Gesetzesvorlage entsprochen werden. Ein Gesetzesentwurf über die Wandergewerbesteuer wird Ihnen auf's Neue vorgelegt werden. Um den Wünschen in Beziehung auf das Umgeld entgegenzukommen, ist die Erlassung von Vorschriften über eine Vereinfachung der Kontrolle in Aussicht genommen. Bei der fortbauenden Zunahme des Verkehrs ist auf eine Vermehrung der Betriebsmittel Bedacht zu nehmen. Neben der Erstellung weiterer Familienwohnungen für Unterbedienstete der Verkehrsanstalten ist beabsichtigt, auch der Erbauung von Arbeiterwohnungen näher zu treten. Auf dem Gebiete des Schulwesens wird Ihrer Beratung ein Gesetzesentwurf zur Verbesserung des Einkommens der Volksschullehrer, zur Trennung des Lehrerdienstes vom Schulamte, sowie zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Lehrerinnen an den Volksschulen unterstellt werden. Nach dem Vorgang im Reiche und in einigen Bundesstaaten wird die Aufhebung der Dienstpflicht der Staatsbeamten Ihrer Beschlußfassung unterbreitet werden. Die auf dem vorigen Landtag nicht zum Abschluß gelangten Entwürfe eines Flußbaugesetzes etc. werden Ihnen von Neuem zugehen. Sodann ist eine abermalige Verlängerung der Wirksamkeit der bestehenden Vorschriften über die Besteuerungsrechte der Gemeinden nicht zu vermeiden. Eine durch die reichsgesetzliche Organisation des Handwerks veranlaßte Vorlage soll die Zusammenfassung und Wirksamkeit der Handelskammern neu regeln. Ueber die Abfassung der Realgemeinderechte ist ein Gesetzesentwurf fertiggestellt, der die möglichste Beseitigung dieser veralteten Rechtsverhältnisse bezweckt und hiermit zugleich die spätere Erlassung einer umfassenden Gemeindeordnung erleichtert. Einem wiederholt geäußerten Wunsche der Stände kommt der Entwurf einer neuen Waldfeuerordnung entgegen. Durch eine Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Gebäudebrandversicherung soll die Beitragsleistung der Versicherten in ein richtigeres Verhältnis zur Brandschadensgefahr gebracht werden. In Behandlung befindlich ist der Entwurf eines Gesetzes, das an die Stelle der Wegordnung von 1808 unter Anpassung an die jetzigen Bedürfnisse des Verkehrs treten soll, und der Entwurf eines Gesetzes, durch welches die Bauordnung von 1872 im Sinne thunlichster Erleichterung der baupolizeilichen Vorschriften,

namentlich bei ländlichen Bauwesen abgeändert wird. Es sind zahlreiche und bedeutende Aufgaben, welche der Lösung durch den neu beginnenden Landtag harren. Im Vertrauen auf die Pflichttreue der Stände gebe ich dem Wunsche Ausdruck, daß mit Gottes Beistand die gemeinsame Arbeit einen glücklichen Abschluß finden und Meinem Volke zum Segen gereichen möge. Ich erkläre den Landtag für eröffnet. — Nachdem ein Sachbescheid auf den König ausgebracht worden war, verließ er mit der erwählten Begleitung das Haus. — Hierauf ergriff als Alterspräsident Abg. Kollmann (Ztr.) das Wort und setzte die erste Sitzung, in der vorerst die Präsidenten gewählt werden müssen, auf morgen Dienstag, vormittags 10 Uhr an, und bemerkte noch, daß um 12 Uhr eine gemeinsame Sitzung mit der Kammer der Ständeherrn stattfinden werde.

C. L. Stuttgart, 24. Jan. (1. Sitzung.)
10^{1/4} eröffnet der Alterspräsident Dekan Kollmann die Sitzung. — Namens des ständischen Ausschusses erklärt der Berichterstatter Abg. Payer die gewählten Abgeordneten sämtlich für legitimiert und beantragt, die Prälaten, den Kanzler und Dekan Kollmann ebenfalls als legitimiert zu erklären. Der Landesbischof Dr. v. Keppeler läßt mitteilen, daß er auf seinen Sitz im Hause verzichte. Bei der Wahl eines Präsidenten erhält der Abg. Payer 82 Stimmen, je 1 Stimme die Abg. Hausmann-Dallingen und Sachs. — Der Alterspräsident Kollmann giebt das Präsidium an Payer ab, welcher dasselbe mit warmen Dankesworten für das ihm erneut geschenkte Vertrauen übernimmt und ausführt: Bei der kommenden Flut von Gesetzen müsse notwendig jedes Mitglied des Hauses energisch mitarbeiten, damit die große Aufgabe gelöst werden könnte. Zudem Präsident Payer sein dem Hause vor 4 Jahren gegebenes Gelübde, sein Amt in gerechter Weise zu führen, erneuert, übernimmt er die Geschäftsführung. — Bei der Wahl eines Vizepräsidenten werden 81 Stimmen abgegeben, davon erhält der Abg. Kiene (Ztr.) 73, Abg. Nieder 3, die übrigen Stimmen sind zersplittert. — Als Schriftführer werden gewählt mit 80 Stimmen die Abg. Eckard, v. Gaisberg, Käs, Schumacher, mit 79 Stimmen Bogler, mit je 78 St. die Abg. Pfaff, Dirk, v. Wächter; anstatt Schrempf wurde Pfaff gewählt. — Nach Verlesung der eingelaufenen Gesetzesentwürfe teilt der Präsident mit, daß die 1. Kammer ihr bisheriges Bureau wieder gewählt hat und schließt die Sitzung und beruft die nächste Sitzung auf Mittwoch den 25. Jan. ein.

— **Gemeinschaftliche Sitzung** bei der Kammer der Ständeversammlung. Anwesend sind 8 Ständeherrn, welche 25 Stimmen vertreten und 78 Abgeordnete. Bei der Wahl einer gemeinschaftlichen Kommission für die Leitung der Staatsschuldenverwaltung (5 Mitglieder, davon 4 aus der Kammer der Abgeordneten) werden gewählt: Staatsrat v. Schall mit 100, Abg. Schnaidt mit 101, Hartranft-Obbilingen 101, Buehle 100, Kraut mit 99 Stimmen. Hiernach wird die gemeinschaftliche Sitzung geschlossen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 14. Sitzung vom 20. Januar 1 Uhr.
Eingegangen ist der Gesetzesentwurf betreffend Revision des Invaliditäts-Gesetzes. — Präsident Graf Ballekrem erbittet und erhält die Ermächtigung, dem Kaiser zu seinem demnächstigen Geburtstag die Glückwünsche des Hauses auszusprechen. L. O. Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats, Etat des Reichsamts des Janern, Titel Staatssekretär. — Abg. Freiherr v. Stumm (Reichsp.) wendet sich zunächst gegen einige Punkte der gestrigen Ausführungen des Abg. Köfide. Die Angriffe desselben gegen den Zentralverband Deutscher Industrieller seien vollständig unbegründet. Ebenso unberechtigt und falsch sei die Behauptung, daß die bekannten Februar-Erlasse noch nicht erfüllt seien. Es habe überhaupt niemand in diesem Hause das Recht, diese Erlasse authentisch zu deklarieren. Redner verbreitet sich noch weiter über verschiedene Fälle von Terrorismus durch Arbeitswillige in Kiel, Berlin, Spandau und Torgelow. — Abg. Zubell (Soj.) beleuchtet die übermäßig lange Arbeitszeit und das frühzeitige Hinsinken der Ziegler-Arbeiter und weist darauf hin, daß ein Berg-Arbeiter für 3,50 M täglich sein Leben beständig aufs Spiel setze. Redner bespricht noch die sogenannte Zucht-Vorlage

und fragt, warum man denn zögere, das Schredgespenst endlich hervorzubringen. — Vizepräsident v. Frege erklärt den Ausdruck Schredgespenst für unparlamentarisch. (Lebhafte Unruhe und große Heiterkeit auf allen Seiten des Hauses.) Redner fortsetzend. Was man von dem Terrorismus der Arbeiter sage, sei Uebertreibung. — Staatssekretär Posadowsky meint, daß bezüglich der Verhältnisse der Ziegeleiarbeiter weitere Maßnahmen erwogen würden. — Abg. Heyl von Herrnsheim (Noll.) wendet sich gegen die sozialistischen Abgeordneten. Ein Stillstand in der sozialpolitischen Gesetzgebung liege nicht vor. Bemerkten wolle er noch, daß gegen die sozialistische Glend-Theorie die Millionen sprächen, welche die Sozialdemokratie für Agitationszwecke ausbeute. — Abg. Hise (Centr.) fährt aus: Auch das Centrum habe seine Schlussfolgerungen aus den Erlassen gezogen, aber in ganz anderem Sinne, wie Herr v. Stumm, so z. B. mit dem Centrumsantrage wegen der Arbeiterkammern. Was die geforderten Zwangsgesetze anlange, so sei das Centrum bereit zu gewissen schärferen Bestimmungen, wenn die Rechte den Arbeitern auch die von denselben gewünschten Organisationen, wie Berufsvereine etc. zugesetzt. Auch müsse die Notwendigkeit der betreffenden Bestimmungen bewiesen werden. — Abg. Singer (Soz.) wendet sich gegen den seiner Partei gemachten Vorwurf, daß sie alle sozialpolitischen Gesetze abgelehnt hätte. Sie thue das stets Gesetzen gegenüber, welche ihren Anforderungen nicht entsprächen. Die sozialistischen Abgeordneten seien von ihren Wählern nicht in den Reichstag geschickt worden, um nationalliberale Gesetze zu machen. (Heiterkeit.) Herr von Stumm wolle erfragen, weshalb er nicht auch anstrebe, daß Sozialdemokraten nicht mehr als Soldaten ausgehoben werden könnten. (Heiterkeit.) Dem Einfluß des Herrn von Stumm sei es zuzuschreiben, wenn die kaiserlichen Erlasse von 1898 nicht nur nicht ausgeführt, sondern zum Teil sogar in ihr Gegenteil verkehrt seien. Heutzutage würde Politik gewissermaßen beim Spazierengehen gemacht. — Abg. Zwiß (freis. Volksp.) hebt hervor, daß auch seine Partei mit der weiteren Entwicklung der Sozialpolitik einverstanden sei. Für durchaus segensreich hielt er seine Freunde die Thätigkeit der Gewerbeaufsichten im Interesse der Einschränkung der Kinderarbeit. In Berlin arbeiteten 25 000 Schulkinder, darunter 7000 Mädchen. Bei den Mädchen berge die Beschäftigung besonders auch Gefahren für die Sittlichkeit in sich. Staatssekretär Posadowsky betont, zwischen den verbündeten Regierungen schwebten gegenwärtig Verhandlungen darüber, ob es zweckmäßig sei, die Kinderarbeit gänzlich zu verbieten. Anerkannt werde auch bei den verbündeten Regierungen, daß die übermäßige Kinderarbeit auch in den Familien, wo sie besonders schädlich wirke, beseitigt werden müsse. (Beifall.) Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Statberatung. Schluß 5¹/₄ Uhr.

(15. Sitzung vom 21. Januar 1 Uhr.) Am Regierungstische Staatssekretär Posadowsky. Eingegangen ist das Bantgesetz. Tagesordnung: Fortsetzung der zweiten Statberatung, Stat des Reichsamts des Innern. — Abg. v. Czarlinski (Pole) erklärt die Darstellung des Abgeordneten Zubeil über die Lage der Ziegeleiarbeiter in Kiel für begründet. Er führt Klage über die Handhabung der sozialpolitischen Gesetze und zwar namentlich über die Rentenbemessung der bei Unfällen Verunglückten. — Abg. Dr. Vielhaben (Antik.) findet die Abneigung der nationalliberalen Partei gegen die soziale Gesetzgebung ganz erklärlich, da diese Partei hauptsächlich aus großen Unternehmern zusammengesetzt sei. Für die Fernspreck-, Post- und Telegraphen-Gehilfen wünscht Redner eine dienstliche Unterstützung bei Erkrankungen. Hierauf wendet er sich der Väderei-Verordnung zu, welche er eingehend erörtert. — Abg. Dr. Wiemer (freis. Volksp.) verbreitet sich über die in Aussicht stehenden Strafbestimmungen zum Schutze Arbeitswilliger, wird aber vom Präsidenten unterbrochen mit der Bemerkung, daß die Ehrfurcht vor Seiner Majestät gebiete, allerhöchste Verfügungen, die authentisch bekannt geworden seien, hier nicht zum Gegenstand der Kritik zu machen. Redner empfiehlt weiter die gesetzliche Ausbauung der Berufsvereine, hofft auf die Annahme des bezüglichen Antrages seiner Partei und bittet die Regierung, auch ihrerseits die Genehmigung nicht zu versagen. — Abg. Schrempf (kons.) giebt der Thätigkeit der Sozialdemokratie die Schuld, wenn die soziale Gesetzgebung ins Wanken geraten sei. Auf den kleinen Handwerker übe die Sozial-Reform einen höchst nachteiligen Einfluß aus. Diese Leute seien heute schlechter daran als Arbeiter. Der Schutz der Arbeitswilligen sei nötig. Die Streiks seien schon kleine Revolutionen. — Abg. Rösch (Wilt.-lib.) wendet

sich gegen die früheren Ausführungen des Abgeordneten v. Stumm, demgegenüber er die Ansicht vertritt, daß die Verzögerung in der sozialen Gesetzgebung nach den Februar-Erlassen schon seit der Demission des Ministers v. Berlepsch datire. — Abg. Dertel (kons.) wendet sich gegen die Väderei-Verordnung. Dieselbe ruiniere den mittleren Väderei-Betrieb und rufe ein Spionage- und Denunziations-System hervor, welches unerträglich wirken müsse. Uebrigens sei die Väderei-Arbeit nicht so übermäßig anstrengend. — Abg. Prinz Schönau-Carolath (Wilt.-lib.) fragt, welche Stellung die Regierung gegenüber den Haushaltungs- und Kostschulen einnehme und bittet, den jungen Mädchen bequemer als bisher Gelegenheit zu geben, das Abiturienten-Examen abzulegen und den heutigen Zustand zu ändern, welcher jedem Dozenten anheim giebt, Frauen zu seinen Vorlesungen zuzulassen, oder dies abzulehnen. — Staatssekretär Posadowsky fährt aus, in der Post-Verwaltung würden 4 600 Frauen beschäftigt. Charakteristische Berufs-Krankheiten seien nicht beobachtet worden. Was die Zulassung der Frauen zum Studium der Medizin anlange, so sei die neue Studien-Ordnung in Vorbereitung begriffen, wodurch diese Frage geregelt werde. Ob die neue Seemanns-Ordnung noch in dieser Session dem Reichstage zugehen werde, sei zweifelhaft. Bezüglich der Väderei-Verordnung wolle er bemerken, daß es allerdings scheine, als ob das angestrebte Ziel besser durch eine Minimalstrafe zu erreichen sei. Doch habe die Sache den Bundesrat bisher noch nicht beschäftigt. Die Regierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkt der kaiserlichen Erlasse. Die Reichs-Vertrauenshaft rühre zum großen Teil daher, daß vom Staat mehr verlangt werde, als er zu leisten vermöge. — Abg. Frhr. v. Stumm (Rp) bemerkt, der Abgang des Ministers von Berlepsch bedeute gar keine Aenderung in dem Gange der sozialpolitischen Entwicklung. Für die seien noch wie vor die kaiserlichen Erlasse maßgebend. — Abg. Rösch (Wilt.-lib.) behauptet, daß die Entlassung des Ministers von Berlepsch jedem Unbefangenen den eingetretenen Kurswechsel, der sich auch noch aus Privat-Korrespondenzen beweisen lasse, bewiesen habe. — Abg. Schrader (freis. Ver.) wünscht Zulassung der Frauen zu allen Universitäts-Vorlesungen. — Staatssekretär Posadowsky erklärt, nach den bestehenden Ansichten sollen Frauen, welche den gezielten Anforderungen genügen, auch zum Physikstudium zugelassen werden. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. Tagesordnung: Interpellation wegen Einbringung eines Weingesetzes und Fortsetzung der heutigen Statberatung. Schluß 5¹/₄ Uhr.

Landesnachrichten.

* **Winnenden**, 25. Jan. Unter Hinweis darauf, daß demnächst die Wahlen zur Handwerkerkammer stattfinden werden, und in Anbetracht dessen, daß bedauerlicherweise ein erheblicher Teil der hiesigen Handwerker noch nicht korporiert ist, d. h. weder einer Innung noch einem Gewerbeverein angehört, mögen die nachstehenden im Reichsgesetz über die Organisation des Handwerks enthaltenen Bestimmungen in Erinnerung gebracht bzw. als Sporn zum Beitritt in den Gewerbeverein vorgeführt werden.

1) Alle Handwerker, die weder einer Innung noch einem Gewerbeverein angehören, vergeben das Recht der Wahl zur Handwerkerkammer.

2) Der Jahresaufwand für eine solche Handwerkerkammer, der sich auf ca. 20 000 M. belaufen dürfte, wird aller Wahrscheinlichkeit nach zunächst von den Gemeinden des Handwerkerkammerbezirks zu tragen sein; die betr. Gemeinden sind aber andererseits wieder befugt, diesen Aufwand auf sämtliche ortsansässige Handwerker umzulegen.

3) Den vom Staate verordneten, durch die Handwerkerkammer angeregten gesetzlichen Bestimmungen über Lehrlingswesen etc. haben sich alle Handwerker, also auch die nicht korporierten, bebingungslos zu fügen.

4) Die Gewerbevereine sind der Unterbau für die Handwerkerkammern und stehen in ständiger Fühlung mit denselben.

Demnach findet zwischen Handwerkerkammer und Handwerkern durch die Vermittlung des Gewerbevereins eine stetige Wechselwirkung in allen Beziehungen statt, welche das Handwerk betreffen.

Der unkorporierte Handwerker kann also gar keine unmittelbaren Verkehrsbeziehungen zur Handwerkerkammer anknüpfen, muß aber deren Anordnungen nach jeder Richtung Folge leisten.

Wir wenden uns daher nochmals mit einem warmen Appell an alle diejenigen Handwerker, welche sich bisher aus unbekanntem Gründen den Bestrebungen der Gewerbevereine fern gehalten haben, und fordern dieselben in allem Ernste und in ihrem eigenen Interesse auf, dem hiesigen Gewerbeverein als Mitglieder beizutreten, um mit vereinten Kräften auf das Blühen und Gedeihen des Handwerks, welches der Staat aus der Reorganisation desselben erhofft, thätigst hinzuwirken.

Als nichtorganisierte Handwerker dürft ihr an den Wahlen zur Handwerkerkammer nicht teilnehmen und seid

doch stets genötigt, den Anordnungen dieser Kammer jeder Beziehung Folge zu leisten. Und sollte es finanzielle Opfer geben, dann wird man euch schon finden wissen. Kurz, als nichtorganisierte Handwerker habt ihr eine Summe von Verpflichtungen auf dein Recht.

Stuttgart, 23. Jan. (Ständisches.) den in der heutigen Chronik angeführten geberischen Maßnahmen haben bereits 3 die von Regierungsvorlagen an die Stände angenommen. 1) Der Ges.-Entw. betr. die Anlegung und Führung der Steuerbücher, welcher bestimmt, daß jeden Steuerdistrikt von der Gemeinde unter Aufsicht der Staatsbehörde ein Verzeichnis der zur Entrichtung von Grund-, Gefälle- oder Gebäudesteuer an den Steuerbaren Personen und über die steuerbaren Besitzes — Steuerbuch — anzulegen fortzuführen ist. Die Steuerbuchführung liegt dem Ratsschreiber ob. 2) Der Ges.-Entw. betr. Ermächtigung des Finanzministeriums, der Landes-Genossenschafts-Zentralkasse in Stuttgart je nach Bedarf zu 3 Proz. verzinsliche, jederzeit kündbare Darlehen aus dem Betriebs- und Borratskapital der Staatshauptkassen bis zum Gesamtbetrag von 1 Mill. M. gewähren. 3) Der Entwurf einer Waldfeuerordnung.

Stuttgart, 24. Jan. Im Druck erschienen ist nunmehr auch der den Ständen in der Chronik in Aussicht gestellte Gesetzesentwurf, betreffend die Handwerkerkammern. Ebenfalls ist der Gesetzesentwurf über die Ablösung der Realgemeinderechte und ähnliche Rechte, im Druck erschienen.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 23. Jan. (Handelproduktentbote.) Die Preisänderung in Amerika in der abgelaufenen Woche ist kaum nennenswert, doch läßt sich eine Abwärtsbewegung nicht verkennen. Die Haltung ist zuwartend, es bleibt jedoch der Bedarf zeitgemäß. Das Angebot in Inlandware tritt etwas mehr bei kleineren Preisschwankungen. — Der diesjährige Frühjahrsaarfruchtmarkt findet am 6. Februar 23. d. M.

Wir notieren per 100 Kilogramm, franco Stuttgart, je nach Qualität und Lieferzeit: Weizen württ. 18—18,50 M., bayrischer 19—19,25 M., niederbayer. Ia 20,25 M., norddeutscher 18,50 M., 18,75 M., Ulla 18,75—19,25 M., amerikanischer 18,75—19 M., dto. Ia 20—20,50 M., Oberländer 18,40 bis 18,60 M., Unterländer 18,30—18,50 M., Dinkel 11—12 M., Roggen württ. 16 M., russ. 17—17,50 M., dto. 18,10 M., Gerste Pfälzer 18,75—19 M., dto. 18,50 bis 18,75 M., ungarische 18—19 M., dto. württ. 15—15,50 M., Mais, Mixed 11,75—12 M., Laplata Ia 12 M., dto. selund. 11,25 M., Gerste beschädigt 10,25 M.

Mehlpreise pro 100 Kilogr. inkl. Sad: Mehl Nr. 30,50—31,50 M., Nr. 1: 28,50—29,50 M., Nr. 2: 27—27,50 M., Nr. 3: 25,50—26 M., Nr. 4: 23,50—24 M., Suppengries 31,00 M., Kleie 8,50 M.

Hopsenpreiszettel.

Stuttgart, 23. Jan. (Hopsenpreiszettel.) Der heutige Markt verlief ruhig. Lagerhaus. Der heutige Markt verlief wiederum in ruhiger Haltung. Einige Verträge wurden abgeschlossen. Der nächste und zugleich größte Markt in dieser Saison findet am 30. Januar statt.

Revision

10 Prozent extra Rabatt auf alle schon reduzierten Preise während des Ausverkaufs der Restbestände.

Muster auf Verlangen franco. Modebilder gratis.

der Lagerbestände anlässlich Neu-Übernahme veranlassen wir noch für kurze Zeit den wirklichen Ausverkauf sämtlicher Damenkleiderstoffe Frühjahr, Sommer, Herbst u. Winter fortzusetzen u. offerieren beispielsweise: 6 m soliden Galene zum Kleid für M. 1.50 6 m sol. Cubano zum Kleid für M. 1.50 6 m sol. Dollar-Carré zum Kleid für M. 2.00 6 m sol. extra prima Robe zum Kleid für M. 3.00 Ausserdem neueste Eingänge Frühjahr- und Sommer-Modernste Kleider-u. Blousen in allergrösst. Auswahl vorräthig einzeln. Metern, bei Aufträgen 20 Mk. an franco Oettinger & Co., Frankfurt a. M. Berandthaus. Stoff z. ganz. Herrenanzug f. M. 12.00 Cheviotanzug f. M. 10.00 mit 10 Prozent extra Rabatt.